Landtag Nordrhein-Westfalen

13.Wahlperiode



Ausschussprotokoll 13/1095

08.01.2004

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

42. Sitzung (öffentlich)

8. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz:

Joachim Schultz-Tornau (FDP)

Stenografin:

Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 VerMoS-Verbund: Modellbildung und Simulation in der Produktionslinie chemischer Produkte

1

5

Ministerin Kraft (MWF) und Robert Guntlin (Access e. V.) stellen den VerMoS-Verbund vor.

2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Erste Ergänzung)

Die einzelnen Anträge und Abstimmungsergebnisse zu den Einzelplänen 06, 12 und 15 sind Anlage 2 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung stimmt der Ausschuss den Einzelplänen 06, 12 und 15 - jeweils dem Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - mit den aus Anlage 2 ersichtlichen beschlossenen Änderungen jeweils mit

08.01.2004 bar-ke

Seite

den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Nichtbeteiligung der CDU-Fraktion zu.

Der Ausschuss bekundet mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP Einvernehmen darüber, dass die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form ermächtigt wird, die sich aus Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im Übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

Als Berichterstatterin für den Haushalts- und Finanzausschuss benennt der Ausschuss Cornelia Tausch (SPD).

3 Leistungsorientierte Forschungsförderung in NRW erhalten - Streichung der Mittel für TG 73 bedeutet Rückschlag für Forschung und Innovationen in NRW

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4407

Der Ausschuss vereinbart, am 4. März 2004 eine Anhörung zum Thema durchzuführen.

4 Studentenwerksgesetz überarbeiten und klarer fassen

10

10

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4690

- Diskussion
- 5 Das beste Personal für unsere Kinder Für eine Stärkung der Attrakti- 12 vität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/4694

Der Ausschuss vereinbart, vor der weiteren Beratung die Anhörung im federführenden Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie abzuwarten.

08.01.2004 bar-ke

Seite

6 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein- 13 Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 13/4559

Der Ausschuss vertagt die Beratung über diesen Punkt im Hinblick auf eine eventuelle Anhörung im federführenden Hauptausschuss.

7 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe 13 (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4586

Der Ausschuss gibt zu diesem Gesetzentwurf einstimmig ein positives Votum ab.

08.01.2004 bar-ke

des Projekts tatsächlich die eine Gruppe von der anderen etwas lernen konnte. In dem Zusammenhang wurde verglichen, welches Modell am geeignetsten und welches Simulationswerkzeug am leistungsfähigsten ist.

Wir haben die Aufgabe übernommen, mit den Softwareherstellern Verhandlungen zu führen, damit diese die kommerzielle Software partiell für die Hochschulen geöffnet haben, sodass diese ihre Modelle schnell in die Software einpacken konnten.

Wir haben auf die Offenlegung der eigenen Handlungsweise geachtet. Wir sind nicht da, um zu kontrollieren. Wir sind da, um zu unterstützen. Letztendlich haben wir eine Plattform für den persönlichen Austausch geschaffen.

Neben unseren Erfolgen stehen auch Defizite. Die Nutzbarmachung der wissenschaftlichen Ergebnisse für industrielle Erzeugnisse ist zu langsam. Trotz aller Bemühungen dauert der Prozess einfach viel zu lange. Das ist zum Teil systeminhärent, weil ein Zwang nicht nachhaltig aufgebaut werden kann. Wenn Sie bei den Haushaltsverhandlungen, meine Damen und Herren, als erstes die freien Mittel des Forschungsministeriums kürzen, weil das einfacher ist, als die institutionellen Fördermittel zu kürzen, haben wir ein Problem. Dann ist alles diskontinuierlich. Letztendlich kann der Zwang nicht richtig aufgebaut werden, begonnene Arbeiten fortzuführen.

Das Wort von Eliteuniversitäten kommt mir ganz entgegen. Best-Practise-Beispiele müssen her, die zeigen, dass Spitzenergebnisse im internationalen Wettbewerb für die industriellen Erzeugnisse nutzbar zu machen sind. Ein Beispiel ist Science to Business. Degussa hat in Absprache mit der Landesregierung ein großes Projekt aufgesetzt und wird in Marl einen Versuch aufstellen, bei dem physisch verankert werden Wissenschaft, Wirtschaft, auch die mittelständische Wirtschaft, sodass wissenschaftliche Resultate schnell in ein Erzeugnis münden können. Diese Strukturen brauchen auch die Mittel der öffentlichen Hand.

2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Erste Ergänzung)

Manfred Kuhmichel (CDU) erklärt sowohl bezogen auf die Einzelberatung als auch auf die Gesamtbeschlussfassung, der Arbeitskreis der CDU habe sich noch im alten Jahr sehr intensiv über den Wissenschaftshaushalt und seine Entwicklungsperspektiven beraten und auch von hochrangigen Vertretern des Ministeriums beraten lassen. Die CDU interessiere sich also sehr wohl für die Zukunft der nordrhein-westfälischen Wissenschafts- und Hochschullandschaft.

08.01.2004 bar-ke

Die CDU lege in dieser Sitzung aber keine Änderungsanträge zum Haushalt vor, denn sie halte den Haushalt in seiner jetzigen Form für nicht beratungsfähig. Das gelte sowohl für den Haushalt in Gänze als auch für den Wissenschaftshaushalt. In diesem Haushaltsgeschehen gebe es noch zu viele Unsicherheiten, was die CDU zutiefst bedauere. Am heutigen Abend werde im Kabinett ja möglicherweise erst die Zweite Ergänzungsvorlage beschlossen. Aus diesem Grunde verzichte die CDU in dieser Sitzung darauf, Änderungsanträge zu stellen.

Die Anträge der anderen Fraktionen habe die CDU beraten. Viele dieser Anträge könnten durchaus die Zustimmung der CDU finden. Denn die CDU habe sie ebenfalls bereits mehrfach erfolglos gestellt. Vor dem Hintergrund dieses ungesicherten und unseriösen Haushaltsgeschehens sei die CDU aber nicht in der Lage, sich jetzt dazu zu äußern. Er bitte darum, das zu akzeptieren.

In dieser Sitzung werde sich die CDU an der Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2004/2005 nicht beteiligen.

Dr. Friedrich Wilke (FDP) teilt im Prinzip die Bedenken von Herrn Kuhmichel. Die FDP halte es ebenfalls für unmöglich, dass die endgültigen Zahlen noch nicht vorlägen. Das betreffe alle Bereiche. Das sei die übliche unseriöse Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen. Dennoch verzichte die FDP nicht darauf, Anträge zu stellen, um deutlich zu machen, dass sie entscheidende Beiträge für Wissenschaft und Forschung und für die Bildung insgesamt erwarte.

Die Hochschulgebäude in Nordrhein-Westfalen seien nach wie vor marode und befänden sich in einem beklagenswerten Zustand. Elitehochschulen in diesen maroden Gebäuden könne er sich kaum vorstellen. Dennoch tue sich nichts. Deshalb verzichte die FDP in diesem Fall nicht darauf, ihren klassischen Antrag zu stellen, 500 Millionen € zusätzlich für den Hochschulbau bereitzustellen.

Die FDP verzichte auch nicht darauf, ihre symbolischen Anträge zu stellen, z. B. die ZVS abzuschaffen.

Die FDP verzichte auch nicht darauf, darauf hinzuweisen, dass man Evaluation ernst nehmen sollte. Daraus folge die Konsequenz, die Mittel für das Wuppertal Institut zu streichen.

Die FDP verzichte auch nicht auf den Hinweis, dass bei der Titelgruppe 73 keine Kürzung stattfinden dürfte, wenn man Forschungsförderung in Nordrhein-Westfalen wirklich ernst nähme.

Außerdem wolle die FDP die Frauenförderung auf dem alten Niveau erhalten.

Des Weiteren halte die FDP es für gerechtfertigt, den Zuschuss für die Universität Witten/Herdecke auf dem bisherigen Niveau zu halten.

Natürlich wünschte er sich auch, die Zweite Ergänzungsvorlage bereits mitberaten zu können, so **Dietrich Kessel (SPD).** Er meine aber, dass der Einzelplan 06 trotzdem in dieser Sitzung beraten werden könne. Denn bezogen auf den Einzelplan 06 seien die

08.01.2004 bar-ke

Daten verlässlich. An diesen Daten werde sich auch durch weitere Ergänzungsvorlagen nichts ändern.

Ministerin Kraft betont, dass der Wissenschaftshaushalt um 1,3 % wachse. Das sei nicht in allen Bundesländern so. Sie sei auch stolz darauf, dass das in Nordrhein-Westfalen so sei und das Kabinett hier einen klaren Schwerpunkt gesetzt habe.

Die FH in Düsseldorf beispielsweise verfüge über sehr gute Medienräume, die sich wahrscheinlich in ganz Europa in dieser Form nirgendwo fänden. Die Fachhochschule Südwestfalen investiere jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag über den BLB in die Unterhaltung der Bauten. Es dürfe auch nicht so getan werden, als würde sich das Land aus dieser Aufgabe völlig zurückziehen. Das sei bei weitem nicht der Fall.

Mit der Universität Witten/Herdecke sei ein klarer Vertrag geschlossen worden, der eine Langfristperspektive aufweise und darin bestehe, dass sich das Land sukzessive aus der Förderung zurückziehe, und zwar in einem sehr moderaten Umfang. Es erstaune sie, dass gerade von der FDP jetzt ein solcher Antrag gestellt werde. Die FDP predige doch immer die privaten Universitäten. Dies sei eine private Universität. Deshalb halte sie nichts für sinnvoller, als die öffentliche Förderung sukzessive zurückzufahren. Die Argumentationslinie der FDP könne sie nicht nachvollziehen.

StS Krebs (MWF) ergänzt, zum Wuppertal Institut lägen ja zwei Anträge vor. Die FDP stelle den Antrag, die Mittel für das Wuppertal Institut zu streichen. Die Koalitionsfraktionen stellten dagegen den Antrag, die Mittel für das Jahr 2005 um 500.000 € zu erhöhen.

Eine so lapidare Streichung sei weder von der Sache her möglich noch sinnvoll. Die Landesregierung habe beschlossen, das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen umzustrukturieren, mit der Vorgabe einer dreißigprozentigen Kürzung bis zum Jahr 2006. Diese Umstrukturierung des Wissenschaftszentrums sowohl in seiner Kommunikations- und Plattformfunktion als auch in seinen drei Säulen - dem Institut für Arbeit und Technik, dem Kulturwissenschaftlichen Institut und dem Wuppertal Institut - gehe voran unter der Zielsetzung, dass diese drei Bereiche ihre Kernkompetenz sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch national und international behielten.

Das Institut Arbeit und Technik habe den Schwerpunkt Arbeit, die modernen Formen von Arbeit. Beim Kulturwissenschaftlichen Institut gehe es um die Werte, um die Werteorientierung, um die Wertegrundhaltung und insbesondere um die neue Rolle der Geistes- und Kulturwissenschaften. Beim Wuppertal Institut gehe es um das gesamte Thema Nachhaltigkeit, und zwar Nachhaltigkeit in einer besonderen Form, die gerade für Nordrhein-Westfalen besonders wichtig sei. Es gehe darum, die Industrietradition aufzunehmen und sie mit Beratung, Modellprojekten und Prototypen von wissenschaftlicher Tätigkeit auf Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Hier habe man keine ähnliche Institution, die zwischen Hochschulforschung und anderen Forschungsinstituten arbeiten könne. Es gehe darum, dies gleichzeitig zu nutzen, um die internationalen Beziehungen im Netzwerk der Nachhaltigkeit, der ökologischen Erneuerung und Restrukturierung zu fördern. Deshalb sei das Wuppertal Institut inhaltlich wesentlich für die weitere Entwicklung der Wissenschaftslandschaft des Landes Nordrhein-Westfalen.

08.01.2004 bar-ke

Als Aufsichtsratsvorsitzender des Wuppertal Instituts wolle er auch deutlich machen, dass es sich bei der Aufstockung in 2005 auf 2,9 Millionen € um eine Überbrückungsstrategie handele, um betriebsbedingte Kündigungen, die aufgrund der GmbH-Struktur notwendig wären, zu vermeiden, die auslaufenden Verträge auslaufen zu lassen und dann den Einsparbeitrag des Wuppertal Instituts in den folgenden Haushaltsjahren zu erbringen. Die aufgrund der Personal- und Rechtssituation notwendige Anpassungsmaßnahme werde gestreckt.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) hebt hervor, dass gerade der Wissenschaftsbereich im Gegensatz zu allen anderen Ressorts sehr gut dastehe, wenn es um Planungssicherheit gehe. Der Qualitätspakt biete den Hochschulen eine Sicherheit, auf deren Grundlage sie sehr gut wirtschaften könnten. Die Ausgaben für den Einzelplan 06 stiegen in 2004 um 1,3 % und auch geringfügig in 2005. Auf der Grundlage dieser Planungssicherheit könne diskutiert werden.

Sie verstehe nicht, dass die FDP das international renommierte Wuppertal Institut auf null fahren wolle. Außerdem müsse sich die FDP intern über ihre eigene Strategie klar werden. Die Wuppertaler FDP-Fraktion fordere nämlich, dass das Land die Finanzierung des Wuppertal Instituts auf gar keinen Fall reduziere oder gar einstelle.

Er wolle die Diskussion über den Qualitätspakt nicht weiter vertiefen, so **Dr. Friedrich Wilke (FDP)**, aber die eigentlich selbstverständliche staatliche Leistung Planungssicherheit müsse man sich in Nordrhein-Westfalen mit Personalabbau erkaufen. Der Qualitätspakt bewirke einen massiven Personalabbau an den Hochschulen.

Gut ausgestattete Medienräume begrüße er natürlich. Er kenne auch hervorragend ausgestattete Räume. Er frage aber konkret, ob die Ministerin denn der Meinung sei, dass sich die Gebäude der nordrhein-westfälischen Fachhochschulen und Universitäten in einem akzeptablen Zustand befänden und keiner besonderen Anstrengungen bedürften.

Zur Universität Witten/Herdecke: Natürlich sei die FDP auch für private Universitäten und für privates Engagement. Die FDP sage aber doch nicht, dass private Universitäten auch zu 100 % privat finanziert werden müssten. Forschung und Lehre könnten in einem großen Land nicht komplett privat finanziert werden. Das habe die FDP nie anders gesagt.

Die Landesregierung habe doch selbst eine Expertengruppe bestellt und das Wuppertal Institut evaluieren lassen, mit dem Ergebnis, dass die Schließung des Instituts empfohlen werde. So stehe es im Gutachten.

Die FDP könne natürlich auch permanent örtliche Abgeordnete zitieren. Einen solchen Stil sollte man seiner Auffassung nach nicht einreißen lassen.

Ministerin Kraft bestätigt den Erneuerungsbedarf an einzelnen Standorten und einzelnen Gebäuden. Sie wehre sich aber gegen die pauschale Darstellung, der Zustand der nordrhein-westfälischen Hochschulen wäre durchweg schlecht. Das treffe nicht zu. Viele Gebäude seien gut in Schuss und in den letzten Jahren modernisiert worden. Außer-

08.01.2004 bar-ke

dem gebe es viele Neubauten in einem wunderbaren Zustand. Sie bitte darum, nicht immer alles schlechter darzustellen, als es tatsächlich sei. Das sei einfach nicht gerechtfertigt.

Sie wehre sich auch gegen die Aussage, der Qualitätspakt bewirke Personalabbau. Diese Verkürzung höre sie immer wieder - auch bei vielen Studierenden, die das so abgespeichert hätten. Sie erinnere aber daran: Der verabredete Personalabbau sei auch gegengerechnet worden mit einem Aufwuchs über den Innovationsfonds. Das dürfe nicht vergessen werden. Das sei vernünftig gewesen. Die FDP fordere doch immer den schlanken Staat und Personalabbau überall im Land. Davon könnten die vier personalintensivsten Bereiche des Landes nicht ausgenommen werden. Sie halte den Qualitätspakt so, wie er jetzt stehe, für eine vernünftige Form. Im Vergleich mit anderen Bundesländern zeige sich ja auch, dass sich Nordrhein-Westfalen in einer außerordentlich guten Lage befinde. Die nordrhein-westfälischen Hochschulen hätten eine Sicherheit. Nicht ohne Grund fänden die großen Demonstrationen bisher nicht in NRW statt.

Zu Witten/Herdecke: Möglicherweise habe sie die FDP dann bisher missverstanden.

StS Krebs führt aus, der Wissenschaftsrat habe festgestellt, dass die drei Einrichtungen des Wissenschaftszentrums in unterschiedlicher wissenschaftlicher Qualität entsprechend der Kriterien des Wissenschaftsrats arbeiteten. Er habe Vorschläge zur Umstrukturierung gemacht.

Das KWI solle demnach in dieser Form bestehen bleiben. Und es bleibe so bestehen. Das Institut für Arbeit und Technik müsse sich methodisch stärker an den entsprechenden sozialwissenschaftlichen Instrumenten orientieren. Das sei im Moment in der Umorganisation. Das Wuppertal Institut müsse zwei bis drei Schwerpunkte in wissenschaftlich erkennbarer Form organisieren. Das sei gemacht worden unter Einbeziehung des internationalen Gremiums als einer Art Gutachtergremium. Jetzt habe man eine völlig neue Organisation und drei neue Schwerpunkte - genau wie vom Wissenschaftsrat eingefordert. Mit diesem Konzept gehe man in die Vorlage im Laufe dieses Jahres als Berichterstattung für den Wissenschaftsrat. Achtzig Prozent der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur inneren Organisation, zur Schwerpunktbildung und zur Methodologie würden im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen umgesetzt.

Die für das Dach gefundene Konstruktion in Form einer Senatskonstruktion entspreche im Wesentlichen den Hochschulen. Die Selbstbestimmung aus dem Institut heraus mit Zielvereinbarungen werde kommen.

Beabsichtigt sei, dem Wissenschaftsausschuss im Laufe der nächsten Monate noch einmal einen ausführlichen Bericht über die inhaltliche, personelle, finanzielle und wissenschaftsorientierte Umgestaltung des Wissenschaftszentrums zu geben. Das seien die ersten Ergebnisse. Insofern liege man mit dem Wissenschaftsrat auf einer Linie. Am Ende dieses Jahres könne ihm berichtet werden, dass seine Empfehlungen umgesetzt würden und damit das positive Votum für die Fortsetzung erfüllt worden sei.

08.01.2004 bar-ke

Die einzelnen Anträge und Abstimmungsergebnisse zu den Einzelplänen 06, 12 und 15 sind *Anlage 2* zu entnehmen. Das **Ergebnis** der **Gesamtabstimmung** ist im Beschlussteil dieses Protokolls dargestellt.

3 Leistungsorientierte Forschungsförderung in NRW erhalten - Streichung der Mittel für TG 73 bedeutet Rückschlag für Forschung und Innovationen in NRW

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4407

Manfred Kuhmichel (CDU) weist darauf hin, dass sich die Institute um ihre Planungssicherheit sorgten. Dass die einzelnen Förderbeiträge erst Mitte des Jahres festgesetzt werden könnten, wenn das Drittmittelaufkommen feststehe, stoße bei den Instituten auf erhebliche Skepsis und Sorge. Er wolle gern wissen, ob die Ministerin die Institute wirklich bis Mitte des Jahres zappeln lassen wolle.

Ministerin Kraft antwortet, seit Monaten werde mit den Instituten gesprochen. Da der Haushalt noch nicht beschlossen sei, seien vorläufige Zuwendungsbescheide erlassen worden, sodass die Finanzierung der Institute und ihre weitere Arbeit zunächst gesichert seien. Sie bitte um Verständnis dafür, dass sie auch den Instituten erst dann offiziell etwas mitteilen könne, wenn der Haushalt beschlossen sei.

Der **Ausschuss** vereinbart, am 4. März 2004 eine Anhörung zum Thema durchzuführen.

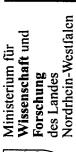
4 Studentenwerksgesetz überarbeiten und klarer fassen

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4690

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU) trägt vor, Eliteuniversitäten seien eine schöne Vision, aber die Realität im Land Nordrhein-Westfalen sehe bekanntlich anders aus. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob in dem ganzen Haushaltswirrwarr für die Studentenwerke, die für die Funktion von Alltagsuniversitäten wichtig seien, genug getan werde. In den vergangenen Jahren seien die Zuschüsse nie erhöht worden. Man habe die Erwartungshaltung gehabt, dass die Studentenwerke schon irgendwie Wege fänden, um den erforderlichen Mittelausgleich herbeizuführen.

Zu Zeiten von Frau Behler habe er auf eine Anfrage die Antwort bekommen, nach Auswerten aller Wirtschaftspläne und der Wirtschaftsprüfungsberichte würde alles bestens sein und gut funktionieren. Es gäbe keinen Grund, irgendetwas an der Praxis zu ändern.



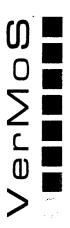




Bericht an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen 8. Januar 2004

Robert Guntlin

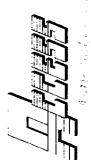




Forscherinnen und Forscher im VerMoS





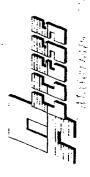






Ziel der Förderung

Das Ziel der Förderung war, die Entwicklung geeigneter Modelle zur Beschreibung und Simulationsmethoden, die auf der Anwendung dieser Mödelle basieren, für die physikalischer Vorgänge bei der Produktion von Feststoffbartikeln zu konzentrieren chemische Industrie und die Verfahrenstechnik in einem breiten Einsatzbereich nutzbar zu machen.

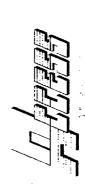






Daten zu VerMoS

Arbeitsthema	Verbesserung der Eigenschaften und der Herstellung von Partikeln
Laufzeit	01.01.2001 bis 31.12.2003
Fördervolumen	3.75 Mio.€
Eigenanteil der Hochschulen	20 % der Fördersumme
Geförderte Hochschulen	9
Mitarbeitende WissenschaftlerInnen	45
Beteiligte Firmen	7.7





Die Forschungsprojekte

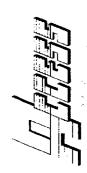


■ Ultraschall-Zerstäubung

■ Mikrokapseln

■ Sprühtrocknung

■ Kristallisatoren

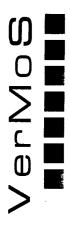


Keimbildung und Wachstum

Antivirus-Handschuh

■ Monte-Carlo

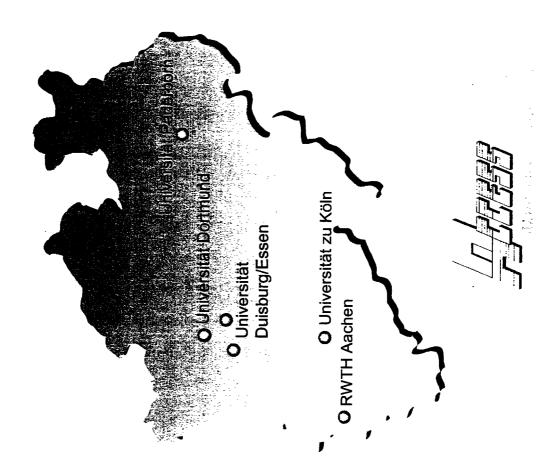
■ Nano-Partikel



Die Hochschulen im VerMoS

Weitere beteiligte Hochschulen und Forschungseinrichtungen:

- ITLR, Universität Stuttgart
- Institut f
 ür Analysis, Universit
 ät Halle Wittenberg
- FhG UMSICHT, Oberhausen

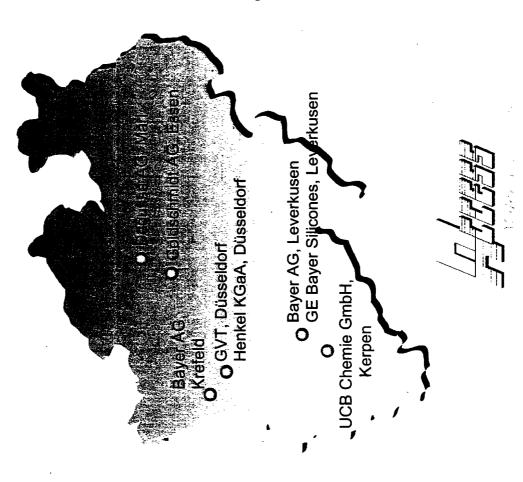


VerMoS

Die Industrie im VerMoS

Weitere beteiligte Firmen

- Branson Ultraschall, Dietzenbach
- Degussa AG, Hanau
- Deutsche Solar AG, Freiberg
- DuPont Pulverlack, Essenbach-Altheim
- Hutchinson, Charlette-sur-Loing, Frankreich
- Schott AG, Mainz
- TAG, Braunschweig

















ACCESS und projektbegleitender Ausschuss im VerMoS

Die Aufgaben von ACCESS:

- Projektträgerschaft im Auftrag des MWF
- Koordination der Zusammenarbeit der Hochschulen
- Zuführung der Forschungsergebnisse an die beteiligte Industrie
- Präsentation des VerMoS nach außen



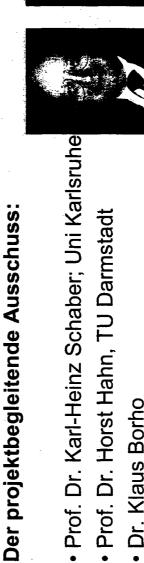








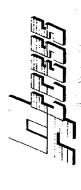




Dr. Andreas Gutsch, DEGUSSA AG, Marl

Dr. Klaus Borho







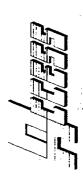


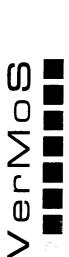


Worauf wurde bei der Projektträgerschaft besonders geachtet:

Offenlegung der eigenen Handlungsweise und der Ziele der Projektträgerschaft.

Schaffung einer tragfähigen Plattform für den persönlichen Austausch unter den Verbundpartnern. Anregung und Förderung des Wissens voneinander unter den Verbundpartnern durch eine aktive Führung durch die Arbeitstreffen.





Modelle und Werkzeuge



[m] 100 Fluiddynamik Masse-Impulse-Energie Bilanzen FLUENT SIMULATIONSWERKZEUGE SFX [mm] 10-3 Freie Grenzflächen MONTE CARLO Längenskala PARSIVAL Keimwachstum Stofftransport FS3D, VOF Koagulation, Koaleszenz Populationsbilanz [µm] 10-6 Nukleation, Diffusion MATHEMATICA Nukleation Molekül Wechselwirkung MODELLE [nm] 10-9 VISOSOFT MOSCITO Keimbildung Atomare Wechselwirkung

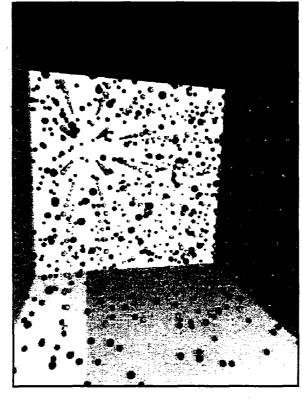
VerMoS



Beispiel 1: Keimbildung und Wachstum

Inhalt der Forschungsarbeiten:

- Molekulardynamische Simulation
 - Atomare Wechselwirkung
- Bildung und Wachstum von Partikeln
 - Eisen-Nano-Partikel



 $7 = 600 \, \text{K}$

♣ Eisen● Argon

 $\rho(Fe) = 0.07 \text{ mol/dm}^3$ Ar: Fe 2:1





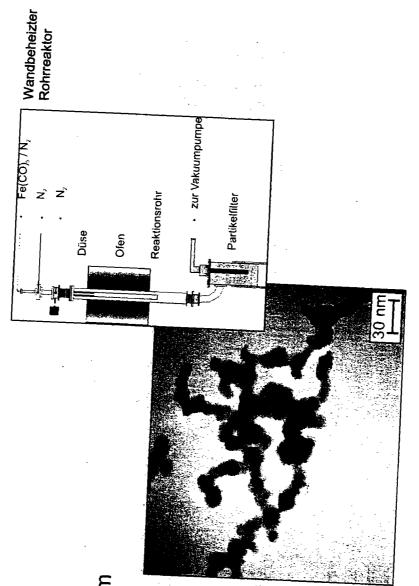
P.D. Thomas Kraska Universität zu Köln

VerMos

Beispiel 2: Nano-Partikel

Inhalt der Forschungsarbeiten:

- Mehrphasenströmung
- Erhaltungsgleichungen
- Partikelentstehung und Wachstum
 - Eisen-Nano-Partikel



Prof. Dr.-Ing. Paul Roth Universität Duisburg/Essen Standort Duisburg









Erfolge und Defizite



Beispiele: Nachhaltigkeit

Auf Wunsch der VerMoS Partner wird die Zusammenarbeit in themenbezogenen Arbeitskreisen und Workshops fortgesetzt. An drei Universitäten sind neue Rechencluster aufgebaut worden, die eine neue Qualität der Simulation ermöglichen. Eines dieser Cluster ist unter die 500 schnellsten Computer der Welt einzuordnen.







VerMoS

Beispiele: Verwertbarkeit

Ein spezieller Handschuh, der Ärzte bei der Operation effizient vor Infektionen schützt, konnte durch die Forschungsergebnisse maßgeblich verbessert werden. Ein Softwarepacket zur Simulation der Partikelentstehung, dass auf einem neuartigen Monte Carlo Verfahren basiert, verbessert deutlich die Möglichkeiten der Simulation.





Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen



Defizite und daraus abzuleitender Handlungsbedarf

Die Nutzbarmachung der wissenschaftlichen Ergebnisse für industrielle Erzeugnisse ist zu langsam!

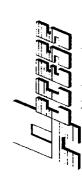
Systeminhärent, weil ein Zwang nicht nachhaltig aufgebaut werden kann!

Spitzenuniversitäten müssen sich an Best Practice Beispielen zeigen und verprüfen lassen.

Spitzenergebnisse brauchen Strukturen, die die Nutzbarmachung für industrielle Erzeugnisse sicher stellen.

Science to Business

Diese Strukturen brauchen auch die Unterstützung durch die öffentliche Hand!







Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06 im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/2614	Abstimmungser- gebnis	abgelehnt SPD nein	FDP ja		0		
		mwelt, Energie stfalen		Ansatz It. HH 2003	3 296 400Euro		ıchten, das Wuppertal weiter zu fördern." Die y und förderungswürdig jenen Aufgaben nicht
	Antrag (evtl. Begründung)	ungsförderung iss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen		2004	2 946 800 Euro 2 946 800 Euro 0 Euro		Bereits Mitte des Jahres 2002 empfahl der Wissenschaftsrat in einem Gutachten, das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie "in seiner bisherigen Form nicht weiter zu fördern." Die Aufgaben des Wuppertal-Instituts werden vom Wissenschaftsrat als wichtig und förderungswürdig eingeschätzt. Allerdings erfülle das Wuppertal-Institut die ihm übertragenen Aufgaben nicht
	Aı (evtl. Be	rderung die Wupp senscha			von um auf		l der Wist e "in seir den vom Wuppert
		Forschungsförderung Zuschuss an die Wupı GmbH im Wissenscha	es Ansatzes	2005	2 452 300 Euro 2 452 300 Euro 0 Euro		s Jahres 2002 empfah a, Umwelt und Energi Vuppertal-Instituts wer kllerdings erfülle das
		Kapitel 06 040 Titel 686 20	Reduzierung des Ansatzes	41.	von um auf	Begründung:	Bereits Mitte des Jahres 2002 institut für Klima, Umwelt und Aufgaben des Wuppertal-Institeingeschätzt. Allerdings erfüll
·	Antragsteller (Fraktion/en)	FDP					
	Lfd. Nr. des Antrags	-					

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd, Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungser- gebnis
noch 1		zufriedenstellend. Es findet zu wenig eigenständige Forschung statt, ein Konzept ist nicht erkennbar. In Zeiten knapper Haushaltsressourcen sollte das Land daher die Evaluation durch den Wissenschaftsrat ernst nehmen und das Wuppertal Institut zugunsten förderungswürdigerer Forschungseinrichtungen aus der öffentlichen Förderung herausnehmen.	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Antrag- steller (Fraktion/ en)			Antrag (evtl. Begründung)	ag ündung)		Abstimmungser- gebnis
SPD	Kapitel 06 040 Titel 686 20	Forschungsförderung Zuschuss an die Wupp im Wissenschaftszentr	derung e Wuppertz ftszentrum	Forschungsförderung Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen	welt, Energie GmbH	angenommen SPD ja
	Erhöhung des Ansatzes	satzes				CDO n. beteiligt FDP nein
	2005			2004	Ansatz It. HH 2003	
	von um auf	2 452 300 Euro 500 000 Euro 2 952 300 Euro	von um auf	2 946 800 Euro 0 Euro 2 946 800 Euro	3 296 400 Euro	
	Begründung:					
	Die Zuschüsse des Landes sollen gekürzt werden, um die Leistungs Umstrukturierungsprozess sicherz	Die Zuschüsse des Landes sollen 2005 ni gekürzt werden, um die Leistungsfähigkeit Umstrukturierungsprozess sicherzustellen.	5 nicht in d gkeit des Ins llen.	Die Zuschüsse des Landes sollen 2005 nicht in dem ursprünglich vorgesehenen Ausmaß gekürzt werden, um die Leistungsfähigkeit des Instituts auch im angestrebten Umstrukturierungsprozess sicherzustellen.	henen Ausmaß iten	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en))	Antrag (evtl. Begründung)	g Indung)		Abstimmungser- gebnis
င	FDP	Kapitel 06 040 Titelgruppe 73 Titel 686 73	Forschu Finanzie Zuschü	Forschungsförderung Finanzierungshilfen fü Zuschüsse zu den Pe	Forschungsförderung Finanzierungshilfen für Forschungsinstitute Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen	ute fwendungen	abgelehnt SPD nein CDU n. beteiligt
		Erhöhung des Ansatzes	nsatzes				FDP ja GRÜNE nein
		Ñ	2005		2004	Ansatz It. HH 2003	
		von um auf	7 941 000 Euro 5 074 000 Euro 13 015 000 Euro	von um auf	10 588 000 Euro 2 427 000 Euro 13 015 000 Euro	13 015 000 Euro	
		Begründung:					
		Die Titelgruppe 73 umfasst 20 unterstützt werden. Gefördert Institute, die insgesamt 900 Ar Die Institute sind größtenteilt differenzierte Kürzung in d Leistungsprinzip entgegensteh der öffentlichen Förderung herr Kompetenz- und Leistungswettt	Die Titelgruppe 73 umfasst 20 freie Forunterstützt werden. Gefördert werden Institute, die insgesamt 900 Arbeitsplät Die Institute sind größtenteils exister differenzierte Kürzung in diesem Leistungsprinzip entgegenstehen, da hder öffentlichen Förderung herausgeno Kompetenz- und Leistungswettbewerb, o	freie Forschungsinstitute in NF werden hierbei 12 technisch beitsplätze geschaffen haben. s existenziell auf die öffentlisiesem Bereich würde zude ien, da hierbei gerade die wirts ausgenommen würden. Dabei sewerb, der hervorragende Fors	Die Titelgruppe 73 umfasst 20 freie Forschungsinstitute in NRW, die nach dem Leistungsprinzip unterstützt werden. Gefördert werden hierbei 12 technische und 8 geisteswissenschaftliche Institute, die insgesamt 900 Arbeitspläze geschaffen haben. Die Institute sind größtenteils existenziell auf die öffentliche Förderung angewiesen; eine differenzierte Kürzung in diesem Bereich würde zudem dem ursprünglich gewollten Leistungsprinzip entgegenstehen, da hierbei gerade die wirtschaftlich erfolgreichen Institute aus der öffentlichen Förderung herausgenommen würden. Dabei führt das Leistungsprinzip zu einem Kompetenz- und Leistungswettbewerb, der hervorragende Forschungsergebnisse hervorbringt und	dem Leistungsprinzip steswissenschaftliche ig angewiesen; eine sprünglich gewollten greichen Institute aus ungsprinzip zu einem nisse hervorbringt und	,

Anlage zu Vorlage 13/2614

actorfic documents (Afficient State of	
werblich kon olidierung in	den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort NRW stärkt. Das Instrumentarium wettbewerblich kontrollierter Effizienz darf nicht durch Kürzungen zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung in Frage gestellt werden.

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)			Antrag (evtl. Begründung)	ag undung)		Abstimmungser- gebnis
4	SPD GRÜNE	Kapitel 06 040 Titelgruppe 73 Titel 686 73	Forschu Finanzie Zuschüs	ngsförder rungshilfe sse zu den	Forschungsförderung Finanzierungshilfen für Forschungsinstitute Zuschüsse zu den Personal- und Sachaufwendungen	ute iwendungen	angenommen SPD ja CDU n.beteiligt
		Reduzierung des Ansatzes	satzes				FDP nein GRÜNE ia
		2005	·		2004	Ansatz It. HH 2003	
		von 7 um auf 7	7.941.000 Euro 315.900 Euro 7.625.100 Euro	von auf	10.588.000 Euro 421.200 Euro 10.166.800 Euro	13.015.000 Euro	
		Begründung:					
		Folgeänderung zur Verlagerung og in den Einzelplan 15 (Kap. 15 03)		des Forschungsi 0 Titel 686 51)	des Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizpation e.V. (FIAB) 0 Titel 686 51)	tizpation e.V. (FIAB)	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)			Antrag (evtl. Begründung)	gundulg)		Abstimmungser- gebnis
5	FDP	Kapitel 06 071	Zentralstelle fü	ir die Verga	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen		abgelehnt
		Reduzierung des Ansatzes	Ansatzes				r n.bet
		20	2005		2004	Ansatz It. HH 2003	FDP ja GRÜNE nein.
		von um auf	10 574 000 Euro 10 574 000 Euro 0 Euro	von um auf	10 402 900 Euro 10 402 900 Euro 0 Euro	10 088 100 Euro	
		Begründung:					
		Der Staatsvertrag mit der ZV	mit der ZVS ist zu kündigen.	ündigen.			
		Der Wegfall der Z Freiheit in Lehre u	VS für die Studien und Studium und n	iplatzzuwel nehr Wettb	Der Wegfall der ZVS für die Studienplatzzuweisung in NRW ist eine Grundbedingung für Freiheit in Lehre und Studium und mehr Wettbewerb an den Hochschulen.	ðrundbedingung für ulen.	
		Demnach sollen sich Studier bewerben können, die Hochs die Geeigneten auszusucher Dies trägt zu einer Profilbildu	ch Studienbewerber die Hochschulen erl szusuchen. Profilbildung der Un	nbewerber für alle Fachbe schulen erhalten im Gege n. ing der Universitäten bei.	Demnach sollen sich Studienbewerber für alle Fachbereiche direkt bei der Universität ihrer Wahl bewerben können, die Hochschulen erhalten im Gegenzug das Recht, sich unter den Bewerbern die Geeigneten auszusuchen. Dies trägt zu einer Profilbildung der Universitäten bei.	Jniversität ihrer Wahl unter den Bewerbern	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)			Antrag (evtl. Begründung)	(Bunpı		Abstimmungser- gebnis
9	SPD GRÜNE	Kapitel 06 100 Titel 331 10:	Hochschulen A Zweckgebunde Großgeräten fü	en Allgemein ındene Zuweisur ən für Ausbildung	Hochschulen Allgemein Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zur Beschaffung von Großgeräten für Ausbildung und Forschung (§ 3 Abs.1 Nr. 4 HBFG)	Beschaffung von Abs.1 Nr. 4 HBFG)	angenommen SPD ja
_		Reduzierung des Ansatzes	s Ansatzes				FDP nein
			2002		2004	Ansatz It. HH 2003	
		von um auf	26.350.000 Euro 1.000.000 Euro 25.350.000 Euro	von um auf	26.350.000 Euro 1.000.000 Euro 25.350.000 Euro	26.350.000 Euro	
		Begründung:					
		Folgewirkung der	Folgewirkung der Reduzierung bei Kap. 06 100 Titel 812 13.	o. 06 100 Titel	l 812 13.		

Aniage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)			Antrag (evtl. Begründung)	g ndung)		Abstimmungser- gebnis
7	FDP	Kapitel 06 100 Titel 686 54	Hochschulen a Zuschuss an d	chulen allgemein ıss an die Private H	Hochschulen allgemein Zuschuss an die Private Hochschule Witten/Herdecke GmbH	rdecke GmbH	abgelehnt
		Erhöhung des Anṣatzes 2005	satzes)5		2004	Ånsatz It. HH 2003	
		von um auf	3 783 000 Euro 307 400 Euro 4 090 400 Euro	von um auf	3 988 000 Euro 102 400 Euro 4 090 400 Euro	4 090 400 Euro	
		Begründung: Die Universität Witten/Herdec Träger zu einer hervorragende stimmen. Die Universität Witte private Zuschüsse auf und ber diese Mittel jedoch gekürzt, g Studierendenzahlen und die E Witten-Herdecke ist ein wichtig qualitativ hochwertigen und int an den staatlichen Hochschul Drittel der Ausbildungskosten Dieses wichtige Projekt darf r gefährdet werden.	ten/Herdecke hat übe vorragenden Hochsch irsität Witten-Herdeck auf und benötigt nur e gekürzt, geraten mitt n und die Erweiterung t ein wichtiges Leuchttugen und international e Hochschulen zum Abngskosten auskommt.	iber viele Jachulausbilducke bringt da reinen gerin nittelfristig ar ng des Studiutumprojekt al anerkannte Abschluss für mt.	hre in Pionierarbeit geing fähig sind, wenn die bei den größten Teil ih gen Bruchteil aus öffer ngedachte Ziele, wie eenangebotes in akute für die Hochschullands an Ausbildung, die in külhrt und in einigen Facing von zudem geringe	Begründung: Die Universität Witten/Herdecke hat über viele Jahre in Pionierarbeit gezeigt, dass auch freie Träger zu einer hervorragenden Hochschulausbildung fähig sind, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Universität Witten-Herdecke bringt dabei den größten Teil ihrer Finanzierung durch private Zuschüsse auf und benötigt nur einen geringen Bruchteil aus öffentlichen Mittel. Werden diese Mittel jedoch gekürzt, geraten mittelfristig angedachte Ziele, wie etwa die Erhöhung der Studierendenzahlen und die Erweiterung des Studienangebotes in akute Gefahr. Die Universität Witten-Herdecke ist ein wichtiges Leuchtturmprojekt für die Hochschullandschaft in NRW, mit einer qualitativ hochwertigen und international anerkannten Ausbildung, die in kürzerer Studiendauer als an den staatlichen Hochschulen zum Abschluss führt und in einigen Fachbereichen mit einem Drittel der Ausbildungskosten auskommt. Dieses wichtige Projekt darf nicht durch die Kürzung von zudem geringen Landeszuschüssen gefährdet werden.	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)			Antrag (evtl. Begründung)	(Bunpu		Abstimmungser- gebnis	- Leg
ω	SPD GRÜNE	Kapitel 06 100 Titel 812 13 :	Hochschulen A Erwerb von Gr gesetzes zur E veranschlagt	en Allgemein n Großgeräten in ur Ergänzung un	Hochschulen Allgemein Erwerb von Großgeräten im Sinne des Hochschulbauförderungs- gesetzes zur Ergänzung und Erneuerung, soweit nicht anderweitig veranschlagt	ulbauförderungs- t nicht anderweitig	angenommen SPD Ja CDU n.beteiligt	
		Reduzierung des Ansatzes	, Ansatzes				GRÜNE Ja	
			2002		2004	Ansatz It. HH 2003		
		von um auf	28.700.000 Euro 2.000.000 Euro 26.700.000 Euro	von um auf	28.700.000 Euro 2.000.000 Euro 26.700.000 Euro	28.700.000 Euro		
		Begründung:						
		Mit der Reduzieru	ıng wird ein Beitrag z	ur Deckung c	Mit der Reduzierung wird ein Beitrag zur Deckung der Erhöhung bei Titel 812 64 geleistet.	12 64 geleistet.		

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)		Antrag (evtl. Begründung)		Abstimmungser- gebnis
6	FDP	Kapitel 06 100 Hochs Titelgruppe 62 Faue	Hochschulen allgemein Fauenförderung		abgelehnt
		Erhöhung des Ansatzes			n.bet
		2005	2004	Ansatz It. HH 2003	GRÜNE nein
		von 3 775 800 Euro um 387 500 Euro auf 4 163 300 Euro	o von 3 775 800 Euro o um 387 500 Euro o auf 4 163 300 Euro	4 163 300 Euro	
		Begründung: Die Fraktionen der Regierungskoa aufgefordert, die Rahmenbedingung ihre Chancen wahrnehmen können u Fakt ist jedoch, dass der Haushaltst Dabei gehört zu einer Verbesserung die Chancen von Frauen auch eine Wer Frauenförderung im Wissensch finanzielle Schranken gefährden.	Begründung: Die Fraktionen der Regierungskoalition haben jüngst in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, die Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung zu ändern, damit Frauen ihre Chancen wahrnehmen können und das Potential der Frauen viel besser zum Tragen kommt. Fakt ist jedoch, dass der Haushaltsentwurf eine von rund 9,3 % vorsieht. Dabei gehört zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung für die Chancen von Frauen auch eine solide finanzielle Ausstattung. Wer Frauenig im Wissenschaftsbereich angestrebt, darf deren Verwirklichung nicht durch finanzielle Schranken gefährden.	g die Landesregierung u ändern, damit Frauen ser zum Tragen kommt. schaft und Forschung für erwirklichung nicht durch	

Anlage zu Vorlage 13/2614

Lfd, Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)			Antrag (evtl. Begründung)	(Bunk		Abstimmungser- gebnis
10	SPD GRÜNE	Kapitel 06 100 Titelgruppe 64 Titel 812 64:	Hochschulen Allgemein Ausgaben für Forschun Erwerb von Geräten, Au Inland	mein chung, wisser n, Ausstattung	ıschaftlichen Nacl gs- und Ausrüstun	Hochschulen Allgemein Ausgaben für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Transfer Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	angenon SPD CDU n.b
		Erhöhung des Ansatzes	Ansatzes			·	GRÜNE ja
			2005		2004	Ansatz It. HH 2003	
		von um auf	4.884.100 Euro 2.000.000 Euro 6.884.100 Euro	von um auf	4.884.100 Euro 2.000.000 Euro 6.884.100 Euro	9.971.900 Euro	<u>Q</u>
		Begründung:					
		NRW kann seinen internationa wenn verstärkt in hochqualifiziel bestehende Nachwuchsforsche Nachwuchsforschergruppen im gründen, werden zusätzliche In	NRW kann seinen internationalen Spitzenplatz in der Forschung nur behalten bzw. ausbauen, wenn verstärkt in hochqualifizierte junge Forscherinnen und Forscher investiert wird. Um bereits bestehende Nachwuchsforschergruppen in der Medizin zu unterstützen und neue Nachwuchsforschergruppen im der vorhandenen Cluster (z. B. Energieforschung) zu gründen, werden zusätzliche Investitionen i. H. v. 2,0 Mio. EUR notwendig.	tzenplatz in dei je Forscherinn en in der Mediz en der vorhand nen i. H. v. 2,0	r Forschung nur be en und Forscher im zin zu unterstützen i enen Cluster (z. B. Mio. EUR notwendi	len Spitzenplatz in der Forschung nur behalten bzw. ausbauen rte junge Forscherinnen und Forscher investiert wird. Um berei rgruppen in der Medizin zu unterstützen und neue Rahmen der vorhandenen Cluster (z. B. Energieforschung) zu vestitionen i. H. v. 2,0 Mio. EUR notwendig.	<u></u>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 12 im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

March Control	the and a survey of the second	er en er Stort Andreits feld were af fill tit som hat til en	the transfer of the second of the second of the second of	Company of the control of the contro		
Lfd: Nr. des Antrags	Lfd: Nr. Antragsteller des (Fraktion/en) Antrags		A) (evtl. Be	Antrag (evtl. Begründung)		Abstimmungser gebnis
		のなっている。				
-	FDP	Kapitel 12 700 Neue Titelgruppe:	Sondervermögen Bau- Sonderinvestition zur \ Neubauaufvendungen	Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW Sonderinvestition zur Verstärkung der Instandhaltungs- und Neubauaufvendungen im Hochschulbereich	pun -	abgelehnt SPD nein
		Neuer Ansatz				FDP ja
		2005		2004	Ansatz It. HH 2003	GRUNE nein
		von 500	500 000 000 Euro von	500 000 000 Euro		
		Haushaltsvermerk: Die Mittel im Umf Verstärkung der Instandhaltungs- einzustellen.	Die Mittel im Umfang vo ıstandhaltungs- und N	el im Umfang von 500.000.000 € sind als Sonderinvestition zur altungs- und Neubauaufwendungen im Hochschulbereich	Sonderinvestition zur n Hochschulbereich	

Anlage zu Vorlage 13/2629

Lfd, Nr. des	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungser gebnis
Antrags			
q q		Begründung:	
<u></u>		Die nordrhein-westfälischen Hochschulen sind in baulich desolatem Zustand und bedürfen zusätzlicher finanzieller Mittel, um eine Verbesserung der baulichen Substanz der Hochschulen herbeizuführen. Weiterhin muss die Errichtung und Erweiterung benötigter neuer Hochschulgebäude zu Forschungs- und Lehrzwecken ermöglicht werden. Dies ist zur Stärkung der Wissenschaftsinfrastruktur der Hochschulen in NRW und somit des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts NRW erforderlich.	

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15 im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung zum Haushaltsgesetz 2004/2005

Sachhaushalt

Abstimmungser- gebnis	dung angenommen e.V. SPD ja CDU n.beteiligt		0 Euro		esondere erung en EPI.
Antrag (evtl. Begründung)	Landesförderungen der Arbeitspolitik und Aus- und Weiterbildung Zuschuss an das Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partízipation e.V. [FIAB]	2004 Ansatz It. HH 2003	421.200 Euro	-	Die besondere Aufgabenstellung und Struktur des FIAB und der daraus resultierende besondere Bezug zu den Aufgaben und Zielen der Arbeits-, wie der beruflichen Aus und Weiterbildungspolitik des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit rechtfertigt die Ausgliederung dieses Instituts aus dem Einzelplan 06 (Kap. 06 040 TG 73) und seine Verlagerung in den EPI. 15.
Ar (evtl. Be	Landesför Zuschuss ((FIAB)	2005	315.900 Euro	•••	Die besondere Aufgabenstellung und Struktur des FIAB und der daraus resu Bezug zu den Aufgaben und Zielen der Arbeits-, wie der beruflichen Aus und Weiterbildungspolitik des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit rechtfertigt di dieses Instituts aus dem Einzelplan 06 (Kap. 06 040 TG 73) und seine Verlag 15.
·	Kapitel 15 030 Titel 686 51	Neuer Ansatz		Begründung:	Die besonder Bezug zu den Weiterbildung dieses Institut 15.
Antrag- steller (Fraktlon/ en)	SPD GRÜNE		·		
Lfd, Nr. dęş Antrags	1				